

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

38 (14.2.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-85588](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-85588)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochensatzzeitung, Dammer Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3,00 Mark, durch die Post frei ins Haus 3,42 Mk.; zweimonatlich 2,00 Mk., durch die Post frei ins Haus 2,25 Mk.; einmonatlich 1,00 Mk., durch die Post frei ins Haus 1,14 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restzeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Ausnahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Restationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird während der Feiertage nicht beigelegt.)

Nr. 38. | Kernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsst. Nr. 5. | Postfachkonto: Hannover 7908. | Beilage, Donnerstag, 14. Februar 1918. | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. Gr.: W. Barelmann, Alsterstr. 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang

Die Bedeutung der Antwort Wilsons.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die R. V. u. a.: Wie gering muß Wilson die Urteilskraft seines Volkes einschätzen, um im Kongreß eine solche Rede halten zu können? Ist er so sicher, daß die Heuchelei seiner salbungsvollen Phrasen von diesem gutgläubig aufgenommen werden wird? Er sagt — mit eiserner Stirn zum und sozialen Male: „Dieser Krieg hat seinen Ursprung in der Mißachtung der Rechte der kleinen Völker und Nationalitäten.“ Hat er niemals etwas von König Edwards VII. „Einflußpolitik“, von der französischen Resonanzpolitik, von den 12 Milliarden für französische Soldaten, welche Ausland nach Frankreich entliehen, um das Koscharen der russischen „Dampfwalze“ gegen Deutschland zu ermöglichen? Er redet von den angeblichen Verbrechen der „militärischen Herren“ in Deutschland gegen „Frieden und Sicherheit der Menschheit“, er bezeichnet die führenden Kreise Deutschlands und Österreich-Ungarns als „selbstfüchtige Autokratengruppen“, welche eine Welt schaffen wollten, die durch Ränke und Gewalt beherrscht wird.“ Hat er niemals etwas von den „selbstfüchtigen Autokratengruppen“ in Frankreich, England und — siehe Prolog Eucharistionoff — Ausland gehört, welche in Wahrheit die Schuld am Kriege tragen? Will er leugnen, daß er selbst ein Autokrat in des Wortes vorweggenommener Bedeutung ist, welcher in Liebersteinschätzung mit und im Dienste einer Weltrepublik „Autokratengruppen“ sein ganzes Blut gegen dessen Willen in den Krieg hineingeworfen?

Gang in dieses System paßt es, wenn Wilson am Schluß seiner Rede behauptet ausruft: „Die Macht der Vereinigten Staaten ist für keine einzige Nation, kein einziges Volk eine Bedrohung; sie wird niemals zu einem Angriff, zu einer Vermehrung von Landbesitz oder irgend einem anderen selbstfüchtigen Zweck von uns benutzt werden; sie ist aus der Freiheit geboren und steht im Dienste der Freiheit.“ Was wird man dazu in Spanien sagen, dem die nordamerikanische Union unter den wichtigsten Vorwänden Kuba, Porto-Rico und die Philippinen entziffen hat? Was in Kolumbien, dem der Isthmus von Panama gebaut wurde? Was in Dänemark, welches E. Thomas „verkauften“ mußte? Ob schließlich nicht auch in Amerika fünf Leute finden werden, welche solche Fragen stellen?

Man sieht, daß die jegliche Rede Wilsons ebenso wenig zu werten ist als der Ausdruck eines Willens, zu einem ehrenhaften Frieden zu kommen, wie die früheren Wohlgeraten Wilsons an den nordamerikanischen Kongreß. Sie ist ebenjot wie diese zunächst nur wieder ein Mittel seiner politischen Kriegsführung. Mit Meisterhaft handhabt sie die fugehelle Wirkung der unausgesprochenen Weisung, daß nichts als die „Verständlichkeit für Gerechtigkeit und Selbstregierung“ der Bewegung für die Politik Wilsons ist. Vielleicht vertritt sich Wilson von dieser fugehellen Wirkung, daß keine Borte selbst in Deutschland an einzelnen Stellen Glauben finden. Am klarsten für die wirkliche Absicht Wilsons ist der Satz: „Amerika vermag keinen Weg zum Frieden zu sehen, ehe die Ursachen des Krieges beseitigt und eine Wiederholung so gut wie unmöglich gemacht ist.“ Wenn man die ganze Haltung Wilsons seit Ausbruch des Krieges ins Auge faßt, so kann man sich des Verdachtes nicht erwehren, daß mit diesen Worten das alte, allgemeine Kriegsziel der Entente verfolgt wird, die Zertrümmerung der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands, und so alle Ziele aus dem Wege zu räumen, welche der Errichtung des „angelsächsischen Imperialismus, der Weltregierung Englands und Amerikas noch im Wege stehen. Nach wie vor bleibt die Wahrheit, daß die wirkliche Freiheit im Lager der Mittelmächte ihre beste Verteidiger hat, nicht im Lager der Entente.

Neutrale Urteile über Wilsons Kongreßrede.

Genf, 13. Febr. Der Eindruck der Rede Wilsons in neutralen Kreisen lautet dahin, daß sie die Fortsetzung des Krieges bedeute, weil die Rede die bisherigen Kriegsziele nicht mildert, sondern „nationalen Aspirationen“ weitesten Spielraum gewährt will. Clemenceau könnte nicht schälen, Amerika werde seine Pläne nicht durchsetzen.

Amsterdam, 12. Febr. Allgemeinen Handelsblatt schreibt: Die Wohlthat des Präsidenten Wilson gibt die Grundlage an, die in jedem Lande beiproden und angenommen werden und als allgemeine Regeln für Verhandlungen gelten können.

Ist sich nicht nur Hertling, sondern sind sich auch Lloyd George, Clemenceau und Sonnino bewusst, daß sie vor dem Forum der Menschheit stehen, die verlangt, daß endlich das Ende des Blutergießens, Martiriums, Auszungen und Mordens kommt?

Am 12. Febr. Neue Courant schreibt: Am allgemeinen ist die Wohlthat Wilsons von einem verzehrenden Geist befaßt. Sie enthält kein Wort des Hasses und betont ausdrücklich, daß sie auch keine Bedrohung sein will. In dieser Hinsicht steht sie im deutlichen Gegensatz zu der Erklärung von Versailles. Wilson konstituiert einen Konflikt zwischen dem Kanzler und der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917. Wir beweisen, ob er es mit Recht tut. Aufrichtige Friedensfreunde in Deutschland versichern, daß der Kanzler ungewissenhaft auf der Grundlage der Resolution steht und daß keine Rede davon ist, daß er an die Militärpartei geteilt ist.

Amsterdam, 13. Febr. Das Blatt „Star“ kann die Rede Wilsons nicht mit der Erklärung von Versailles in Liebersteinschätzung bringen. Die englische Demokratie sei mit der amerikanischen Demokratie hinsichtlich der Entscheidung, der zufolge kein Staat auf der Welt durch Wuchergewalt oder Gewalt Herrschaft regiert werden dürfe, einverstanden. Sie seien weiterhin eins in ihrer Forderung hinsichtlich der öffentlichen Diplomatie. Wilson rede gemäß dem Geiste der englischen Demokratie, aber die Konferenz von Versailles verberde das alles.

Lloyd Georges Erklärungen im Unterhause.

Amsterdam, 13. Febr. Lloyd George hat auf die Rede Asquiths im Unterhause folgende Antwort gegeben: (Siehe vorige Nummer der „V. B.“)

Asquith hat über die Reden gesprochen, die in der letzten Zeit über die Friedensfrage gehalten worden sind. Die Regierung wiederholt die Erklärung, die ich namens meiner Amtsgenossen zu Beginn dieses Jahres gegenüber dem Gewerkschaften abgegeben habe. Sie beklagt mit großer Enttäuschung die Antworten, die durch Herrling und Czernin auf die Rede des Präsidenten Wilson und auf meine abgegeben werden. Es ist wahr, die Rede Czernins amf einen anderen Geist als die von Hertling, aber ich möchte glauben dürfen, daß es auch ein Unterredung sein möge dem Inhalt nach. Czernins Rede war auf einen freundschaftlichen Ton gehalten, aber inhaltlich war die Rede Czernins sehr scharf. Sie stellte Mesopotamien, Palästina und Arabien auf gleiche Linie mit Belgien. Diese Länder müßten wieder unter türkische Herrschaft kommen, vermutlich unter denselben Bedingungen, wie Belgien durch die Deutschen wieder hergestellt werden müßte. Bezüglich der italienischen Forderungen sagte Graf Czernin einfach, daß bestimmte Anerbietungen vor dem Kriege gemacht worden, und daß diese nun zurückgezogen seien. Was die Lage der Bevölkerung Österreichs angehe, erklärte Graf Czernin in lebhaften Worten gegenüber dem Präsidenten Wilson und anderen, daß diese Frage uns nichts angehe.

Auf das Verhältnis zu Deutschland übergehend, sagte Lloyd George: Wenn man die Antwort Deutschlands befaßt, ist es kaum möglich, zu glauben, daß Graf Hertling es mit seinen Forderungen ernst meint. Welche Antwort gab Graf Hertling auf die sehr gemäßigten Bedingungen der Verbündeten? Er sagte, daß Großbritanniens seine Kohlenstationen in der Welt, wovon er ein halbes Duzend nannte, aufgeben müßte. Diese Kohlenstationen standen in der Vergangenheit den deutschen Schiffen doch ebenso zur Verfügung, wie den britischen. Die deutsche Flotte wurde immer mit großer Gafffreiheit bei allen diesen Kohlenstationen empfangen.

Im Jahre 1913 wurden diese Häfen ungefähr fünfzig- bis sechzigmal durch deutsche Kriegsschiffe und Transportschiffe befaßt, die alle die nämlichen Einrichtungen fanden wie unsere eigenen Schiffe. Das war der Fall mit holländischen Handelschiffen. Es waren deutsche Kohlenhändler, die unter denselben Verhältnissen ihre Geschäfte betreiben konnten, wie die englischen Firmen. Ich muß bekennen, sagte Lloyd George, daß das Stellen einer solchen Forderung zum ersten Mal im vierten Kriegsjahr der beste Beweis ist, daß Deutschland oder wenigstens diejenigen, die in diesem Augenblick die Macht haben, nicht geneigt sind, über ehrliche Friedensbedingungen mit den Verbündeten zu unterhandeln.

Wir haben diese Bedingungen sehr geprißt mit dem aufrichtigen Verlangen, etwas darin zu fin-

den, was den guten Willen der Mittelmächte andeuten könnte, auf einer Grundlage des Vergleichs einen Frieden zu schließen. Aber ich muß erklären, daß diese zwei Reden eine tiefe Enttäuschung bei uns zurückgelassen haben. Die Aktion des Deutschen Reiches gegenüber England beweist, daß alle Erklärungen vom Frieden ohne Amerion und Entschädigung in der Tat keinen Sinn haben. Es ist keine Antwort erfolgt bezüglich Belgiens. Nichts ist über Polen gesagt worden oder über die gerechtfertigten Ansprüche von Frankreich auf Wiedererlangung der verlorenen Provinzen. Kein Wort ist gesagt worden über die Bevölkerung der italienischen Rasse, die noch unter österreichischer Woche seufzt. Ebenjot haben Hertling und Czernin zu erkennen gegeben, daß sie bereit seien, die Rechte der Alliierten in Beziehung auf Mesopotamien und Arabien anzugewöhnen. Ihre Antworten enthalten eine Weigerung und die Tatsache, daß sie fest entschlossen sind, an der sogenannten Integrität der Türkei, wie sie es nennen, festzuhalten.

Lloyd George meinte, unter solchen Bedingungen könne er natürlich keinen Frieden schließen. Dann wandte er sich der Verantwortung der Fragen Asquiths zu, der nähere Aufschlüsse über die Konferenz in Versailles haben wollte. Lloyd George antwortete aber, es falle ihm schwer, eine nähere Auseinandersetzung zu geben, weil der Herrling sonst Aufschlüsse bekomme für die Vorbereitung der kommenden Offensive.

In der Konferenz zu Kairo habe der Oberste Kriegsrat eine ausführende Macht bekommen. Nun aber sind seitdem große Geschäfte eingetreten. Seitdem ist England als kriegsführende Partei vom Kriegsschauplatz verschunden, und eine große Zahl deutscher Divisionen ist vom Osten nach dem Westen gebracht worden. Der Zustand ist drohender als jemals. Die Alliierten sind in Versailles zusammengekommen, um über die Mittel zu beratschlagen, wie man diese Bedrohung im Jahre 1918 abwehren könne. Bis 1918 verfügten die Alliierten an der Westfront über das numerische Uebergewicht. Durch die zuzuführenden Geschäfte oder habe sich diese numerische Ueberlegenheit zugunsten der Deutschen verschoben.

Weiter sagte Lloyd George: Auf den alten Konferenzen kamen die bürgerlichen Mitglieder zusammen, und dann fanden sich auch die militärischen Mitglieder ein mit geschriebenen Dokumenten, auf denen stand, was beschlossen war. Ich sage rund heraus, daß die strategischen Diskussionen auf einer solchen Konferenz nur Komödie waren.

Nun aber in Versailles saßen bürgerliche und militärische Mitglieder vier oder fünf Tage beieinander, um zu beratschlagen. Die Oberbefehlshaber, die militärischen Vertreter sowohl als die Premiers und andere Minister der drei Länder. Es fanden Diskussionen statt, wobei sowohl die bürgerlichen, als auch die militärischen Mitglieder ihre volle Freiheit behielten, und ich kann sagen, daß das Resultat eine vollkommene Uebereinstimmung ist. Es befaßt bei keinem einzigen Beschlusse eine Meinungsverschiedenheit. Hinsichtlich der britischen Aktion, die in Beziehung steht mit der Beifügung des Rates zu Versailles, muß ich vorsichtig sprechen, weil ich militärische Beschlüsse der Kriegsführung befaßt. Ich wünschte, daß jemand in Deutschland derartige Beschlüsse in den Wäffern publiziert; der Mann, der so etwas tut und uns mitteilen würde, welche Pläne die Oesterreicher und Deutschen haben, der würde den Alliierten zwanzig Armeekorps wert sein. Ich muß über den Kriegsrat und was damit im Zusammenhang steht, vorsichtig sprechen, weil ich verantwortlich bin dafür, daß dem Feinde keine Informationen gegeben werden.

In der Fortsetzung seiner Rede befaßte Lloyd George mit immer neuem Interesse die Bemerkungen, daß er über die Erweiterungen und den Umfang der Befugnisse des Obersten Kriegsrates in Versailles nicht sagen dürfte, um dem Feinde keine Gelegenheit zur Information zu geben. Dann sagte er: Wird mein geschätzter Freund — er meinte damit Asquith — die Verantwortlichkeit auf sich nehmen und die Regierung zwingen, Informationen zu geben, die allen Verbündeten unerwünscht sind? Ich kann mich nicht vorstellen, welche Vorteile dies bringen soll. Ueberdies, wird Britannien von einem gemeinschaftlichen Beschlusse abweichen wollen? Ich will dem Hause eine Idee geben von der Einigkeit, die in Beziehung auf die Methode der Kriegsführung bestanden hat. Zuerst wurde die Erweiterung der Befugnisse besprochen, dann tauchten wir unsere Gedanken aus über die beste Methode in der Ausföhrung. Man hat beschlossen, daß ein jeder der Anwesenden diesen Abend überlegen

solle, um morgen seine Pläne auseinanderzusetzen. Jeder von den vier Vertretern der betreffenden Länder kam bei geforderter Ueberlegung zu genau demselben Beschlusse, was die beste Methode für die Ausdehnung der Befugnisse des Kriegsrates anbelangt. Hierzu muß ich noch etwas sagen. Wenn man Krieg führt, dann gibt es Fragen, über die die Regierung Beschlusse fassen muß. Wenn das Unterhaus hiermit nicht zufrieden ist, dann kann es sich nach meiner Meinung nur ein Weg offen, und das ist der, die Regierung zu ändern. Bezaugt Asquith, was es bedeutet, einen militärischen Beschlusse zu fassen, und zwar einen militärischen Beschlusse erster Ordnung, auf einer Zusammenkunft, wo jeder der befaßtesten Militärs der Verbündeten anwesend war, die dazu beauftragt haben, daß dieser Beschlusse gefaßt wurde?

Das Parlamentsmitglied Lambert fragte: Haben Sir Douglas Haig und Sir William Robertson diese Erklärung aufgegeben?

Lloyd George antwortete: Sicher, sie waren ja selbst dabei. Dann fuhr Lloyd George fort: Es ist sehr müßig, unter den bestehenden Umständen mehr zu sagen. Das Haus muß wissen, daß ich keine Informationen geben kann, die auch nur in der geringsten Weise dem Feinde einen Dienst erwiesen könnten. Wenn ihr kein Vertrauen zu den Mitgliedern des Kriegsrates habt — gleich, ob Militär oder Zivil —, dann bleibt nichts anderes übrig, als sie durch andere zu ersetzen. Aber wenn man diese Angelegenheit in den Wäffern befaßt, wird uns die Führung unmöglich gemacht. Wenn jemand mit dem einen oder dem anderen nicht zufrieden ist, dann wird einfach Kritik geübt in den schlecht unterrichteten Neugierigkeitsblätter. Nichts behindert das Werk der Regierung so sehr, als Erörterungen in der Presse über strategische Fragen, und ich bitte das Unterhaus und alle jene außerhalb des Hauses, die ein Interesse haben an einer kräftigen Kriegsföhrung, dergleichen Besprechungen hintanzubehalten. Wenn das Haus und das Land nicht zufrieden sind mit der Kriegsföhrung, dann wenn sie denken, daß eine andere Methode es kräftiger anfaßen würde, dann ist es in Gottes Namen ihre Pflicht, diese andere Regierung aus der Hand zu bringen. Aber solange das Haus vollkommenen Vertrauen in die jegliche Regierung setzt, muß es in ihre freie Hand lassen. Auf diese Weise bewahrt ihr die Einheit unter den Verbündeten, eine Sache von höchster Wichtigkeit, weil wir nicht gefordert kämpfen, sondern vier große Nationen sind, die zusammenwirken, und wenn ihr einen Rat zusammenstellt, bekommt ihr darin Vertreter von jedem der Verbündeten. Deswegen bitte ich das Unterhaus, die Regierung in ihrer Unabhängigkeit zu fügen, damit in erster Linie, wenn Beschlüsse dieser Art kommen, diese aus ausgeföhrte werden können, ohne daß der Feind etwas davon merkt. Der Feind dürfte keine Informationen erhalten, die ihn in den Stand setzen, einen Gegenschlag zu tun.

Der Krieg auf den Meeren.

Neue U-Boot-Beute.

Amsterdam, 14. Febr. (Draht.) Durch Benachrichtigung von 33 000 Br.-A.-E.

erlitt der Transportverband unserer Feinde im östlichen Mittelmeer eine gründliche Einbuße. Es handelt sich hauptsächlich um nach dem Orient bestimmte Transporte. Den Hauptanteil an den härtesten Gegenwehr zum Trotz erzielten Erfolge hatte Kapitänleutnant Hiesche. 5 Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen, zwei davon unmittelbar vor dem Hafen Alexandria. Unter den übrigen versenkten Dampfern befaßte sich das erst 1916 gebaute Motorship Glenamoy (7269 Br.-A.-E.), ein Dampfer hatte Baumwolle nach Marseille geladen, wie sich aus der Aufschicht zahlreicher an der Verladungsstelle treibender Baumwollballen ergab. Ein Geleitzug wurde vernichtet. Der englische Segler Apollonios Andrea und das neue Schiff Logarithm.

Der Chef des Admiralfstabes der Marine.

Frankreich.

Wann und wo kommt die deutsche Offensive? Genf, 13. Febr. In Paris fand ein großer Ministerrat unter Vorstehung Poincarves statt, der sich mit der durch die Einstellung des Kriegszustandes an der russischen Front geschaffenen diplomatischen

und militärischen Lage befahte. Die Pariser Presse kommentiert dieses Ereignis in ziemlich hoffnungsvoller Stimmung. — Der Sonderberichterstattung Reuters an der französischen Front meldet, daß nur die Frage noch an der Hand sei, wann und wo die Deutschen an der Westfront mit ihrer großen Offensive beginnen würden. Man betrachte diese Offensive zwar als ein zweifelhaftes Abenteuer, könne sich aber andererseits nicht dem Gedanken verschließen, daß ein derartiges Abenteuer glücken könnte. Man macht sich auf eine Offensive gefaßt, welche die Deutschen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mannschaften und Batterien durchführen werden.

Wachsender Defätismus in Frankreich.

Paris, 13. Febr. Die bürgerliche Presse beschäftigt sich weiter mit dem Siege der radikalen Richtung auf den letzten Tagungen des sozialistischen Departementsverbandes. Der Rigard spricht von dem ersten Fortschritte, den der Gedanke des Friedens um jeden Preis auf den sozialistischen Kongress gemacht habe. Die sozialistische Partei begehrt sich mit dem Einfluß, wie er vom Seine-Verband gelangt wurde, auf einen gefährlichen Weg. Um diese Entwicklung aufzuhalten, sei es die höchste Zeit, daß auch die Sozialistenführer zu einer nationalen Politik zurückkehren. Hier in seiner Vitzroie schreibt, das ganze um Clemenceau geführte französische Volk betrachte die Kundgebungen der wahrhaftig organisierten französischen Volkswirtschaft mit Entsetzen, Unruhe und Sorge gemischten Gefühlen. Ein Revolutionsversuch in Frankreich werde am Widerstande von 99 Prozent der Bevölkerung scheitern. Er rät schließlich den Sozialistenführern, aus der Partei auszutreten, und so die Arbeitermassen zu zwingen, den gefährlichen Weg zu erkennen, den die pazifistische Minderheit einschlägt.

England.

Krisen in der englischen Heeresleitung.

Paris, 13. Febr. Die Blätter melden aus London: Es laichen neue Gerüchte auf über den bevorstehenden Austritt Lord Deryns, man erwartet auch die Demission mehrerer Mitglieder des Generalstabes, nämlich dagegen an, daß Generalstabchef Robertson auf seinem Posten bleiben wird.

Was die englische Presse aus Wilsons Rede hervorhebt.

WTB. London, 13. Febr. (Draht.) Die englischen Blätter Times, Morningpost, Daily Mail und Daily Telegraph haben bei Besprechung der Rede Wilsons und der Rede Wilsons die Neuerung Wilsons hervor, den Krieg fortzusetzen.

Abänderung des Londoner Vertrags?

TU. Genf, 13. Febr. Echo de Paris meldet, auf der Pariser Entente-Konferenz sei auch der Vertrag von 1914, der den Verbündeten die Verpflichtung auferlegt, ohne Zustimmung der anderen keinen Sonderfrieden abzuschließen, in eine neue Fassung gebracht worden.

Zur Lage in Russland.

Der Niedergang der Bolschewiki-Macht.

TU. Stockholm, 13. Febr. Nach Meldungen aus Petersburg sind die Volkskommisariate durch die wachsende Macht der Geistlichen und den schwankenden Einfluß, den sie namentlich auf die Massen ausüben, beunruhigt. Ebenso macht sich der sinkende Einfluß der Bolschewiki auf die Armee sehr bemerkbar. Auch kommt jetzt schon die Unzufriedenheit der heimkehrenden Bauern voll zur Geltung. Die Bauern wollten, als sie von der Front zurückkehrten, ein neues satkräftiges Leben beginnen. Die herrschende Anarchie macht ihnen das aber unmöglich, um so mehr, als alles, was sie zur Bestellung des Acker und für die Ausbesserung der Geräte brauchen, nicht vorhanden ist. Im Smolny-Institut laufen sogar Verhöre um, daß die Volkskommisariate vorbereitend seien, im Augenblick größerer Ansehens der Unzufriedenheit und der Revolution ihre Posten zu verlassen.

Die Demobilisierung.

Petersburg, 13. Febr. Die Smolny-Regierung hat die Durchführung der beschlossenen Demobilisierung der russischen Armee dem Kommissar für das Kriegswesen, Dvornikow, übertragen. Er ordnete an, daß alle aus der Armee Auscheidenden oder von der Front zurückkehrenden Soldaten ihre Waffen abzuliefern haben, eine Maßnahme, die damit begründet wird, daß die Ausschreibungen der entlassenen Truppen die Sicherheit der Bevölkerung auf das schwerste gefährden. — Den unmittelbaren Anlaß zu der beschlossenen Beendigung des Kriegszustandes ist der Bericht des russischen Volkskommisars für die Ukraine, Stebnitzki, wonach die Macht und der Einfluß der Rada in Kiew nicht bezugnen werden können. Wollte sich der Rat der Volksbeauftragten halten, so müßte er schleunigst mit Deutschland Frieden schließen.

Eine neue Friedenssaktion der Bolschewiki?

Wien, 13. Febr. Der Wiener Berichterstatter der Neuen Zürcher Ztg. will wissen, daß der als russischer Gesandter gewählte Marimalkoff Holman den Auftrag habe, bei allen Kriegführenden für einen sofortigen Frieden zu wirken. Ein zweiter Auftrag beziehe sich auf alle noch in der Schweiz sich aufhaltenden revolutionären Sozialisten. — Eine ähnliche Meldung bringt die Tribune de Lausanne, jedoch in der Form, daß Holman ein Eingreifen der schweizerischen Bundesregierung zur Durchführung eines allgemeinen Friedens bewirken soll.

Wien, 13. Febr. Daily News melden aus Petersburg: Die Bolschewiki betrachten den

Krieg mit dem Auslande für erledigt. Die kriegsmäßigen Beziehungen mit allen Staaten sollen baldigst aufgenommen werden. Der Kongress der Komjeks hat sich für die beschleunigte Wiederaufnahme des Wirtschaftsvertrages mit den Mittelmächten in seiner Sitzung vom 10. Februar erklärt.

Polen und die polnischen Truppen.

WTB. Warschau, 12. Febr. Kurjer Warszawski zufolge erhielt der Regentkaiser die Mitteilung, daß heute drei Abgeordnete von dem Kommandanten der polnischen Truppen in Rusland, General Dowbor-Musnicki, in besonderer Mission in Warschau eintreffen werden.

England erkennt den Friedensvertrag nicht an.

London, 12. Febr. Dem Reuterschen Bureau wird mitgeteilt, daß die englische Regierung sich nicht für gebunden hält, den zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und den anderen Unterzeichnern mit der Ukraine geschlossenen Frieden anzuerkennen.

(Selbstverständlich hat kein Mensch erwartet, daß aus London ein Glückwunschtelegramm eintreffen würde. Die ablehnende Haltung Englands gegen Friedensverträge, die nicht Siegel und Unterschrift der britischen Regierung tragen, schmälert aber praktisch den Wert solcher Sonderabkommen nicht im geringsten. Man wird auch in weiteren ähnlichen Fällen nicht daran denken, vorerst um die Erlaubnis Großbritanniens nachzugehen.)

Verlegung des Regierungssitzes der ukrainischen Rada.

WTB. Wien, 13. Febr. (Rorr.-Bur.) Nach einer Blättermeldung machen sich die ersten Folgen des Friedensschlusses mit der Ukraine bemerkbar. Die Rada verlegte ihren Sitz nach Zitomir und stellte eine direkte Verbindung mit uns her. Es ist sehr zu hoffen, daß durch diese örtliche Vätergung die beschleunigte Umwälzung aller im Verhandlungswege festgelegten Abmachungen erfolgt.

Eine Erklärung des litauischen Nationalrates.

Bern, 13. Febr. Der oberste litauische Nationalrat in der Schweiz hat in Uebereinstimmung mit dem litauischen Landesrat in Wilna förmlich in Bern beglaubigten diplomatischen Vertretern eine Erklärung überreicht, in der der von dem litauischen Landesrat in Wilna gefasste Beschluß mitgeteilt wird, der die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates mit Wilna als Hauptstadt proklamiert. Wie die übrigen Mitgliedschaften hat auch der deutsche Gesandte die Abordnung empfangen, seine Erklärung zur Kenntnis genommen und versprochen, sie der deutschen Regierung zu übermitteln.

Finnland.

WTB. Stockholm, 13. Febr. (Draht.) Astorbladet erzählt aus Haparanda, daß die Schreckensherrschaft der Roten Garde in Südfinnland unermüdet weiter besteht. Täglich werden neue Morde verübt. Um die Taten für ihre Angehörigen unentgeltlich zu machen, wird ihr Gesicht zerfurcht. In Kerwa und Helsingfors verhindert die Rote Garde die Ankunft von Ambulanzern. Nach einem Telegramm aus Wasa in Astorbladet hat das Bezirkskomitee von Helsingfors alle russischen Truppen aufgefordert, die Rote Garde zu unterstützen. Infolge dessen nehmen ganze Truppenabteilungen am Kampfe teil. Demgegenüber hat General Maennessheim eine Proklamation erlassen, daß für jeden ermordeten Finnen drei Russen hingerichtet werden sollen. Jeder Soldat in Zivil wird als Spion erfaßt. In Helsingfors wurde ein Revolutionsgericht eingeleitet, das die Beamten mit Todesstrafe bedroht, falls sie ihren Dienst nicht verlassen.

Polen.

Rücktritt des Kabinetts.

WTB. Warschau, 12. Febr. Den Blättern zufolge hat gestern eine mehrstündige Sitzung des Ministeriums unter dem Vorsitz des Regentkaisertrats stattgefunden. Gegenstand der Erörterung waren die letzten politischen Ereignisse, insbesondere der Friedensvertrag mit der Ukraine. Abends überreichte der Ministerpräsident Rudzicki dem Regentkaisertrats die Demission des Kabinetts. — Gazette Poranna zufolge hat Rudzicki dem Regentkaisertrats heute in dieser Angelegenheit eine begründete Erklärung überreicht.

Rumänien.

Was wird die neue Regierung tun?

Von der Schweizer Grenze, 13. Febr. Der Matin berichtet: Am Montag ist die rumänische Regierung von den Befanden der Entente in Bezug auf die weittragenden Folgen einer Abschwächung von der gemeinsamen Politik aufmerksam gemacht worden. Die neue rumänische Regierung hat diese Mitteilung zur Kenntnis genommen, eine Gegenklärung aber nicht abgegeben. Morningpost meldet, daß der private Telegrammverkehr zwischen Großbritannien und Rumänien seit Montag eingestellt sei.

Italien.

Eine Kriegsrede Orlandos.

TU. Basel, 13. Febr. Anlässlich der Wiedereröffnung der italienischen Kammer hielt Ministerpräsident Orlando die erwartungsbildende engere Kriegsrede. Er führte u. a. folgendes aus: Bei Feststellung der Entente-Kriegsziele hat die besondere Lage Italiens vollständige Berücksichtigung anzu-

den, und alle Zweifel sind nun zerstreut. Der Verlauf der Briefe Verhandlungen hat bewiesen, daß die Zentralmächte beständig an ihrem Militarismus festhalten und daß der, der sich mit ihnen an Verhandlungen begibt, unterliegen muß. Herrling und Czernin haben in ihren letzten Reden alles verlangt und nichts bewilligt. Eine weitere Diskussion mit ihnen ist deshalb unmöglich und nur schädlich. Es gilt vielmehr, den Krieg mit allen Kräften fortzusetzen, um zu einem wahren Frieden zu gelangen. Italien muß unbedingt seine nationale Einheit verwirklichen und die Sicherheit seiner jetzt ungenügenden Land- und Seegrenzen zurückgewinnen. Im zweiten Teil seiner Rede kam Orlando auf das Ergebnis des Verfallers Kriegsrates und der übrigen Entente-Konferenzen der letzten Woche zu sprechen.

Tumultszenen.

Cugano, 13. Febr. Die gestrige Eröffnungsung der italienischen Kammer schloß mit einem berartigen Tumult, daß der Minister fluchtartig den Saal verließ. Unter den gegenseitigen Schimpfworten ist der Ausspruch des Abg. Turati bemerkenswert, daß der Ministerpräsident Orlando sich durch seine Rede darauf vorbereitet habe, den Minister des Auswärtigen, Sonnino, dessen abweichende Politik gegenüber Oesterreich bereits dargelegt wurde, zu ersehen.

Aus Oesterreich-Ungarn.

Zur Lage in Oesterreich.

Wien, 13. Febr. Gestern abend wurde Dr. v. Seidler vom Kaiser in Audienz empfangen. Die Regierung, heißt es, sei entschlossen, es bei der zweiten Lesung des Budgetprojekts um die Zustimmung ankommen zu lassen. Wenn das Haus gegen die Regierung entscheidet, was übrigens keineswegs feststeht, so ist der Ministerpräsident entschlossen, die verfassungsmäßigen Folgen zu ziehen. Trotzdem er erst vor einigen Tagen den Gesamtschritt des Kabinetts gegeben hätte und vom Kaiser des Vertretens versichert wurde, soll er nunmehr entschlossen sein, mit der Auflösung des Hauses vorzugehen. An eine Anwendung des § 14 will man derzeit nicht denken. Viel hängt natürlich vom Eintreffen des Grafen Czernin ab, der heute in Wien erwartet wird und mit den Politikern, besonders auch mit dem Poleklub, in Verbindung treten wird. Im Abgeordnetenhaus wurde gestern nachmittags dießhalb davon gesprochen, daß das Haus die Vorlage des Friedensinstrumentes verlangen werde. Der Poleklub würde dann gezwungen sein, zu erklären, warum er gegen das Budget stimmt.

Türkei.

Die Räumung der türkischen Gebiete.

Konstantinopel, 13. Febr. Die russischen Truppen haben die türkischen Gebietsstelle an der Dnigrenze, die sie bisher besetzt hielten, seit etwa 10 Tagen völlig geräumt und sich auf die alte russische Grenze zurückgezogen. Statt der russischen Besatzungstruppen treten nun aber armenische Bataillon in größerem Umfange auf, die sehr gut bewaffnet sein sollen. Ihre Stärke wird auf 40—60 000 Mann geschätzt.

Verschiedene Nachrichten.

Kapitän v. Müller und der Papst.

Die Bemühungen des Papstes um die Linderung des Loses der Kriegsgefangenen sind allgemein bekannt, doch verdient es eine besondere Erwähnung, daß die päpstliche Vermittlung auch an der kürzlichen Entlassung des Kapitänleutnants v. Müller nach Holland eine gewichtige Rolle gespielt hat. In der Tat hat sich Benedikt XV., wie die Frankf. Z. erzählt, auf eine an ihn gerichtete Bitte bei der englischen Regierung für den Kapitän der „Emden“ verwandt. Durch den englischen Gesandten beim Vatikan, wurde dann mitgeteilt, daß dem päpstlichen Wunsch entsprochen worden sei. Es genügt sich, den Anteil des Papstes an einer Begebenheit, die jeden Deutschen erfreut hat, mit Dank festzustellen.

Die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Wien, 12. Februar. Ein hervorragender Staatsmann äußerte sich dem Berliner Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ aus Anlaß der jüngsten Berliner Beratungen über die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland folgendes: Die im Kriege erwiesene gegenseitige Treue muß auch für den Friedensschluß und für die Zeit nach dem Kriege hochgehalten werden. Wir sind zu der Überzeugung berechtigt, daß auch in Oesterreich volles Verständnis dafür besteht, daß die Lage der verbündeten Länder in Hinsicht auf den Abschluß des Friedens nicht die gleiche ist. Die deutsche Front grenzt heute an das bolschewistische Rußland, dessen Ziel nach dem eigenen Bekenntnis seiner Führer die „Weltrevolution“ ist. Es wäre außerordentlich verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, daß der Frieden, den Deutschland braucht, nichts mit dem Frieden zu tun hat, den Oesterreich-Ungarn erstrebt, denn die Sicherungen, die Deutschland haben muß, sind ebenso notwendig für Oesterreich-Ungarn, dessen Zerstückelung ja im Berliner Kriegsratsrat betätigt wurde. Der Staatsmann geht aus dieser Lage den Schluß, daß das Ziel der verbündeten Mächte kein

muß, den Ueberfall, wie er im Jahre 1914 erfolgte, für immer unmöglich zu machen. Diesem Ziele werden wir nur näher kommen, je gründlicher bei uns seitdem die Hoffnung auf eine Entzweiung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands und auf den Zusammenbruch unserer inneren Front zerstört werden wird.

Deutsches Reich.

Deutsche Bildungsziele.

In der Begründung des Zentrumsantrages betr. die Vorschulen sagte der Abg. Dr. Heß u. a. folgendes:

Wir sind der Meinung, daß die Vorschule, so wie sie jetzt besteht und organisiert ist, nicht länger bestehen bleiben darf, wenn wir uns nicht um öffentliche Bildungsanstalten handeln. Was man nämlich bei Privatangelegenheiten, wenn man auf dem Standpunkt der Unterrichtsreform steht, vielleicht bedenken kann, das ist bei öffentlichen Unterrichtsanstalten ganz anders zu bewerten. Nun sind wir uns vollkommen klar darüber, daß natürlich unser Antrag nicht genügt, um die ganze komplizierte Frage der Bildungsregelung zu lösen. Aber wir müssen für uns in Anspruch nehmen, daß unser Antrag ein ganz bewußter Schritt ist auf dem Wege, dem Tüchtigen die Bahn frei zu machen.

Die weitere Entwicklung unseres Antrages müßte nun darin bestehen, daß den wirtschaftlichen Talenten aus allen Bevölkerungsstufen eine wesentliche erleichterte Möglichkeit zum intellektuellen Aufstieg geboten werden muß. Andererseits freilich müßte ich dringend vor dem fatalen Zerfall warnen, als wenn nun die irdische Glückseligkeit oder gar die Zukunft Deutschlands abhängig von einer Hochschätzung von Madametten. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß eine geistige Aufwärtsentwicklung vor allen Dingen innerwärts der jetzt bestehenden Grenzen selbst geschehen werden muß. Dem Arbeiterstand, Landwirtschaft, Handwerk und Kaufmannschaft, sie alle haben ihre Intelligenzen genau so nötig wie jeder andere Stand. Also müssen sie ihnen erhalten bleiben. Denn aber auch eben so selbstredend darauf bestanden werden, daß von hier aus der Aufstieg in die führenden und führenden Stellen möglich sein muß. Erscheinungen wie Giesberts, Stegerwald und August Müller dürfen nicht mit diesem Kriege wieder verschwinden. Sie sollen typisch werden.

Daraus folgt, daß das deutsche Bildungsfundament die Volksschule sein und bleiben muß. Ihr muß daher in Zukunft unsere ganz besondere Aufmerksamkeit erhalten werden sowohl für ihre geistige, aber eben so auch für ihre materielle Weiterbildung.

Das Arbeitsprogramm des Reichstags.

Berlin, 13. Febr. Wenn am nächsten Dienstag um 3 Uhr nachmittags der Reichstag zusammentritt, wird kurz vorher der Velektorenrat den Arbeitsplan für die ersten Wochen aufgestellt haben. Der interfraktionelle Ausschuß hat sich bereits damit beschäftigt. Er glaubt annehmen zu können, daß am Mittwoch bereits der Friedensvertrag mit der Ukraine beraten werden könnte. Man glaubt, daß der Reichstagsrat hierzu mit einer großen Rede die Vorlage einführen werde. Ob das noch der Fall sein wird, steht dahin, denn der Reichstagsrat ist inzwischen ins Große Hauptquartier abgegangen, ohne daß er irgendwelche festen Dispositionen über seine Beteiligung an den Reichstagsarbeiten getroffen hat. Es läßt sich zur Zeit auch noch nicht übersehen, ob und welche andern Vorlagen den Reichstag gleich am Anfang beschäftigen werden. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß spätestens am Montag der Reichshaushaushalt in der ersten Abgeordnetenzeitung gestellt werden wird. Auch das Arbeitsstatistikamt ist zu erwarten man bis zu diesem Termin. Dagegen werden die Steuerentwürfe erst später, wohl erst nach Ostern, kommen. Die ersten Lesungen des Etats und des Arbeitsstatistikgesetzes würden dann vorausgesetzt sich nach der Beratung des Friedensvertrages mit der Ukraine das Plenum des Reichstages noch die ganze nächste Woche beschäftigen. Endgültige Entscheidungen trifft jedoch erst der Velektorenrat.

Lehrerzulagen für Kriegsbefähigte?

Berlin, 13. Febr. (Drahtber.) Der Hauptauschuß des Abgeordnetenhauses erledigte heute die Beratung des Finanzetats und nahm u. a. eine Entschädigung an, die Staatsregulierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Bezüge der Kriegsbefähigten und der Hinterbliebenen gefälliger oder an den Folgen des Krieges gestorbener Krieger eine der gegenwärtigen Lehrer entsprechende Erhöhung erfahren.

Der Abgeordnete Geßler,

der jetzt längerer Zeit erkrankt war, ist nunmehr soweit wieder hergestellt, daß er am 19. d. M. seine Reise nach Berlin antreten und den Vorsitz in der Zentrumsfraktion des Reichstages übernehmen will. Zur Genugung des bewährten Zentrumsführers unsere herzlichsten Glückwünsche. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß am 27. und 28. Februar die diesjährige Generalversammlung des Augustinustages in der Berliner Abgeordnetenhalle stattfindet. Dort sollen am ersten Tage die Reichs-

politik am zweiten Tage die preussische Wahlrechtsgesetze neben anderen Parteifragen zur Verhandlung kommen. Die Vorsitzenden der Fraktionen haben die Hauptreferate gutigt angenommen.

Erhöhung der Beamtenzulagen.
Mit einer Erhöhung der Zulagenzulagen für die Staatsbeamten ist, nach Blättermeldungen, in nächster Zeit bestimmt zu rechnen. Das preussische Finanzministerium beschäftigt den Landtag damit folgende Vor schläge zu unterbreiten. Es liegen verschiedene Pläne dazu vor, die jedoch noch keine feste Gestalt angenommen haben und auch im Staatsministerium noch nicht durch beraten sind. Ueber die Höhe dieser Zulagen und die Form, in der sie gegeben werden sollen, hat man sich, dem Tag zufolge, an zuständiger Stelle noch in keiner Richtung entschieden.

Das allgemeine gleiche Wahlrecht in Braunschweig.

Bei der gestrigen Eröffnung des 34. ordentlichen Landtags des Herzogtums kündigte Staatsminister Wolf in der Thronrede eine Wahlrechtsvorlage an, die das allgemeine gleiche Wahlrecht der braunschweigischen Staatsangehörigen männlichen Geschlechts mit dem Erfordernis einer gewissen Dauer des Wohnsitzes im Herzogtum betrifft. Für die Stadt Braunschweig hat der Grundbesitzer Verhältniswahl vorgezogen werden können. Andererseits aber sind wie zuvor berufstätige Arbeiter in die Wahlen vorgesehen, wenn auch teilweise in zeitgemäher anderer Zusammenhänge. Insbesondere sollen fortan Abgeordnete der sich auf das ganze Land erstreckenden öffentlichen Körperschaften der Landwirtschaft, des Handels, des Handwerks und des Arbeitertums berufen werden. Es wird manchen unter Ihnen, meine Herren, nicht leicht werden, einem solchen Wahlrecht zuzustimmen: die Herzogliche Landesregierung vertraut aber darauf, daß jeder unter Ihnen der in der Verfassung festgelegten Pflicht eingedenk ist, als Abgeordneter die Wohlthat des Vaterlandes frei von anderen Rücksichten, gewissenhaft zu fördern.

Protestantische Stimmen gegen die Simultanschule.

Lehrervereine gegen die Simultanschule.

Protestantische Lehrervereine haben sich ebenfalls verschiedentlich in ausführlichen Darlegungen gegen die Simultanschule geäußert. Der Verein evangelischer Lehrer und Schullehrer von Eberfeld mit ungefähr 100 Mitgliedern, folgte 1904 mit Bezug auf den nationalliberal-konfessionellen Schulantrag im preussischen Abgeordnetenhaus einstimmig folgenden Beschlusse, der das Beschlüsse kurz zusammenfaßt, was die vielen Zitate bisher berühren:

1. Die Erziehung ist ein Bereich der Kulturarbeit, unter denen die Religion oben an steht. Die Religion erfordert stets in konfessioneller Ausprägung. Eine allgemeine Religion ist, wenn es sich dabei nicht um eine bloße Vereinerung jeder politischen Religion handelt, nichts weiter als eine neue Konfession, die zu den bestehenden Konfessionen in Gegensatz tritt.
2. Die Schule soll erziehen für die Gemeinschaften, in die das Kind später eintritt, und dazu gehört auch die kirchliche Gemeinschaft.
3. Die Schule soll in ihrer Arbeit Fühlung halten mit den Lebensweisen, in denen das Kind lebt. Deshalb muß sie mit dem Hause in der sittlich religiösen Grundrichtung übereinstimmen.
4. Die Simultanschule kann nicht unter Schulideal sein, denn 1. sie beeinträchtigt die religiöse Erziehung, indem sie den Religionsunterricht isoliert und somit seine Verbindung mit den übrigen Bildungselementen abschnürt.
5. Sie schädigt auch die ethischen Fächer: Geschichte, Literatur und Gesang, weil sie immer mit Rücksicht auf Angehörige anderer Konfessionen erzieht werden müssen.
6. Die praktischen Erfahrungen beweisen, daß die Simultanschule die Gegenstände nicht ausgleicht, sondern verflacht, und daß insbesondere der evangelische Anteil fast immer geschädigt wird.
7. Nach dem Grundgesetz der Gewissensfreiheit ist den Eltern das Recht zugesprochen, ihre Kinder in den religiösen und sittlichen Grundrissen erziehen zu lassen, die sie selbst bestimmen. Daher sollte man solchen Eltern, die ihre Kinder nicht in einer der bestehenden Konfessionen erziehen lassen wollen, wie z. B. den Dissidenten, die Möglichkeit geben, sich zu eigenen Schulgemeinden zusammenzuschließen.
8. In derselben Angelegenheit und in demselben Jahre sah die Provinzial-Verordnetenversammlung eine ähnliche Resolution, die sich gerade gegen den preussischen Lehrerverein richtete, der in verfeinerter Form der Simultanschule zu huldigen schien: „Der Vorstand des Preussischen Lehrervereins hat am 23. März d. J. einstimmig beschlossen: „Der Vorstand erklärt, daß für die Einrichtung von Schulen in einer Art pädagogische Grundhaltungen maßgebend sein müssen, und bekämpft alle Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, lediglich konfessionelle Einflüsse maßgebend werden zu lassen.“ Wir erklären uns mit dem Beschlusse in

seiner vorsichtig zurückhaltenden Fassung einverstanden, weisen aber jede Deutung und Verzerrung desselben im Sinne einer allgemeinen und prinzipiellen Bevorzugung der Simultanschule zurück.“ Dies sagt ein Zweitererlei des Rheinischen Provinzial-Vereines des Preussischen Lehrervereins.
Von demselben Jahre 1904, in dem eifrig für die Simultanschule Stimmung gemacht wurde, liegt eine Rede von Rektor Müller-Duisburg vor, worin er die Stellung des Vereines zur Erhaltung der evangelischen Volksschule darlegt; vom Jahre 1905 die Ausführungen des Lehrers Hermann-Stuttgart im Namen des Vereines evangelischer Lehrer in Württemberg. — Ein Handbuch des evangelischen Lehr- und Lehrervereins zählt schon 1903 nicht minder als 66 solcher Behauptungen auf.

Protestversammlungen gegen die Schulanträge im Landtag.

Odenburg, 12. Febr. Am Sonntag fand hier im „Hotel zum Kronprinzen“ eine Versammlung statt, die sich mit dem bekannten Antrag der liberalen Gruppe des Landtags beschäftigte. Herr Viktor Wehning legte in seinem Referat eingehend die Gründe dar, weshalb der kathol. Volksteil mit aller Entschiedenheit für Beibehaltung der Derscheidungen wie der christlichen Volksschule eintritt. Die Simultanschule sei nicht imstande, die Aufgaben zu erfüllen, die vom christlichen Standpunkte an sie gestellt werden, weil sie auf das wirtschaftliche Erziehungsmittel, die Religion verzichte. Derselben Gründe, sprächen für die Beibehaltung der beiden Oberschulkollegien, denn nur durch diese sei eine zuverlässige Bürgerpflicht für den Bestand der konfessionellen Schule gegeben. In der Aussprache stimmten alle Redner den Ausführungen zu. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, wie gerade der Odenburger Liberalismus in so unüberlegter Weise einer großen konfessionellen Minderheit gegen ihren Willen die Simultanschule aufdrängen will. Einstimmig wurde folgende Entschlüsse angenommen:

Die heutige Versammlung katholischer Familienräte der kathol. Gemeinde Odenburg und Oberburg erhebt mit Entschiedenheit Einspruch gegen den Antrag der liberalen Gruppe auf Aufhebung der Oberschulkollegien und Zulassung der Simultanschule. Sie sieht in dem Antrage eine Störung des konfessionellen Friedens, ein Unrecht gegen die konfessionelle Minderheit, eine Nichtsüchsigkeit gegen die Familienräte im Felde, einen Angriff auf die christliche Staatsverfassung, diese festste Grundzüge des Staates und bittet, der hohe Landtag (das Großherzog-Staatsministerium) wolle den Antrag im Interesse sowohl des Staates als des christlichen Volkes ablehnen.

Antrag gegen die Simultanschule.

In der evangelischen Landes Synode haben die Abgg. Kuhlmann, Wulffmann 1 und 2, Abbeben und Pöhlcherberger den Antrag gestellt:

Die auf Errichtung der Simultanschule gerichteten Bestrebungen in dem Landtage haben bei einem großen Teile der Bevölkerung zu großen Bedenken Anlaß gegeben. Die Landes Synode teilt diese Bedenken und spricht sich entschieden für Beibehaltung der Konfessionsschule aus. Sie erudt den Großherzoglichen Obersteinerat, dem Großherzoglichen Staatsministerium diesen Standpunkt nachdrücklich zu vertreten.

Aus dem oldenburgischen Münsterlande.

Besta, 14. Febr.

— Das Rotgeld, das von der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg zur Ausgabe gelangen wird, ist in künstlerischer wie technischer Hinsicht sehr gut ausgeführt. Die Rückseite der Münze zeigt einen zwischen Baumstämmen hervorstechenden delfischen Eber, der von einer Meute wild klaffender Hunde umstellt ist. Das im Vordergrund des Angriffs dargestellte Tier hat bereits einen Angreifer zu Boden gestreckt. Der Ober ist natürlich als Sinnbild deutscher Tapferkeit, deutscher Stärke und deutschen Mutes gedacht, während die Meute klaffender Hunde die angrißwütige Entente darstellt, die bereits teilweise niedergeworfen ist. Auf der Vorderseite trägt die Münze die Umschrift: „Handelskammer Oldenburg“ und in großen, deutlich lesbaren Lettern den Aufdruck „Out für 1/2 Mark“. Unten ist die Jahreszahl „1917“ eingestrikt. Das Rotgeld, das zur Hebung des Kleingeldmangels im ganzen Lande sehr willkommen sein wird, wird sicherlich von vielen als eine interessante Erinnerung an die Kriegszeit für Sammelzwecke später zurückbehalten werden.

— **Warnung vor unglücklichen Darlehnskaufschneisen.** Seit einiger Zeit sind besonders Jwanzigmarkscheine, die aus Teilen verschiedener einzelner Scheine zusammengeklebt waren, angehalten worden. Für beschädigte oder unbrauchbar gewordene Scheine wird nur dann Ersatz geleistet, wenn die vorgelegten Stücke zu einem echten Schein gehören und mehr als die Hälfte eines solchen betragen. Wer also einen zusammengeklebten Schein annehmen kann, erwarten, daß ihn dieser nicht abgenommen wird, wenn keiner ausmacht, was z. B. bei einem aus vier Teilen zusammengeklebten nicht der Fall ist. Jeder tut daher gut, bei der Annahme von Darlehnskaufschneisen vorsichtig zu sein.

— Die Sommerzeit beginnt in diesem Jahre am 1. April und endet mit dem 14. Oktober.

— **Weißbrot für die Zivilbevölkerung.** Die Reichsbrot für Garmisch und Obf teil einem Brot zufolge mit, das diesmalige Bedarfsanmeldung der Armeeverwaltung an Weißbrot und Sauerkraut das Defizit des Vorjahres ausgemacht habe, so daß sich der Bedarf der Zivilbevölkerung nicht übrig gelassen sei. Infolge der Herabsetzung der Heeresanprüche seien jetzt 300 000 Zentner für die Zivilbevölkerung freigegeben, die noch im Laufe des Februar verteilt werden sollen. Möglicherweise erfolgt im März oder April eine nochmalige Verteilung.

1. Langewe, 13. Febr. In der Nacht zum 5. d. Mts. fand dem Jeller Aug. Wehage mittels Einbruchs 3. Geiten Speck, 1 1/2 Schinken und 3 Metzwärfel gestohlen worden.

2. Koningen, 13. Febr. Die Beteiligung am 1. d. h. d. 10. Gebet war eine recht rege. 2. Faer half im Weißbrot aus und hielt die 2. d. h. d. 11. a des erwarb die 2. d. h. d. 11. a des verstorbenen Kommerzienrats Frankfurter mit den berühmten Park- und Kunstanlagen für 275 000 Mk. Herr Strick ist schon seit längerer Zeit von hier fort und will keine hiesige Villa verkaufen. Das große Sägemerk und die Dampfmaschine stehen seit Kriegsausbruch still. — Seit einigen Tagen haben die Bürgerschule und die Volksschule in Ebergen schulfrei wegen Kohlenmangels. Aus demselben Grunde ist in Angelbek seit Weihnachten keine Schule mehr gehalten. Traurig, aber nicht zu ändern!

3. Keningen, 12. Febr. Herr Professor Dr. Appellmann, Sohn des Lehrers A. aus Herlake, hielt hier einen schönen Vortrag über Nordamerika, wo er als Auslandslehrer mehrere Jahre bis vor einem Jahre gewirkt hat. Besonders betonte er die Kriegsstimmung drüben und die von denselben feindliche Strömung im Lande. — Unter Herr Kapfen ist zum Pastor in Gordenfeld ernannt. Zur hochangesehenen Gemeinde den seelenstärkenden und am liebsten die Prediger ziehen. Alle wünschen ihm in Gordenfeld ein segensreiches Wirken.

Errichtung von Trocknungsanlagen in ländlichen Gemeinden.

Von Dekonomierat Johaus-Ditlage.

Die Grastrodnung. — Die Angaben aus der Trocknungspraxis über die Trocknungsdauer des Grales bis zum fertigen Heu schwanken zwischen 20 Minuten bis 1 1/2 Stunden. Durchschnittlich sind 50 bis 60 Minuten erforderlich. 5 Zentner reifes Gras geben 1 Zentner Heu, da das Gras 80 Prozent Wasser verlieren muß. Hat ein Zentner frisches Gras 1 1/2 Liter Wasser, so beträgt die Witterung nötig ausgebreitet auf der Wiese 32 Pfund. Aus diesem Gras sind also nur noch 12 Prozent Wasser zu verdampfen. Ferner ist zu bemerken, daß junges Gras im Sommer das Wasser sehr langsam, reifes Gras im Sommer aber das Wasser viel schneller abgibt. Es müssen daher naturgemäß die Angaben über die Trocknungszeiten sehr verschieden ausfallen, für eine ungefähre Berechnung muß daher ein Mittelwert von 50 bis 60 Minuten zugrunde gelegt werden.

Bei sachgemäßer Feuerung und Verwendung von gutem Strohloft betrug der Strohverbrauch in 12 Arbeitsstunden 1158 Pfund oder für jede Stunde 89 Pfund in der hier der Berechnung zugrunde gelegten Trocknungsanlage. Es kostete der Zentner Heu an Dru und Stroh 1,30 M., so daß auf jede Stunde 1,15 M. anfallen. Zum Antriebe des Warmwassergebläses wurde nach Prüfung mit eingeschalteten Meßinstrumenten elektrischer Strom für rund 11 Pferdekräfte gebraucht. Wird die zu 1 Pferdekräfte erforderliche Energie zu 850 Watt berechnet, so ergibt sich ein stündlicher Verbrauch von 9,35 Kilowattstunden. Es kostete 1 Kilowattstunde Strom 15 $\frac{1}{2}$, daher betragen die Kosten für Stromverbrauch in der Stunde 9,35 \times 15 = 1,40 M.

Beim Grastrodnung waren zur Bedienung der Trodenbarre 2 Leute erforderlich und zwar eine Person, welche den Strohsofen bedient, die Darre beschließt und auch Zeit zum Umwenden des Grales auf der Darre hat und eine zweite Person zum Auf- und Abladen usw. Bei 50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn für jede Person macht dieses eine Mark aus. Es anfallen also in dem hier angegebenen Falle an Kosten für die Grastrodnung:

| | |
|-------------------------------------|----------------|
| 1. Generalkosten | 2,00 M. |
| 2. Brennstoffverbrauch | 1,15 M. |
| 3. Verbrauch von elektrischem Strom | 1,40 M. |
| 4. Arbeitslöhne | 1,00 M. |
| 5. Schmieröl und sonstiges | 0,20 M. |
| Zusammen | 5,75 M. |

für jede Stunde.

Es kommt im Mittel in 1 Stunde 5 bis 6 Ztr. Heu aus reifem, frisch geschnittenem Grale hergestellt werden; im Durchschnitt also 5 1/2 Ztr. Heu. Das Troden von 1 Ztr. Heu kostete demnach 1,05 M.

Wenn in einer Lohntraktorei außer Heu auch andere Erzeugnisse getrocknet werden, die ein größeres Bedienungspersonal erfordern, so müssen entweder bestimmte Tage für die Heutrocknung angelegt werden, an denen nur 2 Arbeiter in Arbeit genommen werden, oder es müssen die übrigen der Heutrocknung anderweitig beschäftigt werden. — Ist das Gras durch 24stündiges Liegen auf der Wiese vorgetrocknet und hat es dadurch schon etwa 65 Prozent Wassergehalt verloren, so läßt sich die Trocknung bedeutend schneller durchführen und man kann dann mit der doppelten Leistung, etwa 11 bis 12 Ztr. Heu stündlich rechnen. In einem solchen Falle würden die Unkosten für 1 Ztr. Heu 53 $\frac{1}{2}$ betragen.

Die Trocknung von Strohkrüben. — Strohkrüben sind im Jahre 1917 in sehr großen Mengen getrocknet worden. Sie werden vor dem Troden gewaschen, von Blättern, Wurzelteilen, schlechten Stellen usw. gesäubert und, wenn sie als

weiches Nahrungsmittel dienen sollen, auch geschält und hierauf in einer Schichtenmaschine geschnitten. Die Schnitzel kommen dann direkt auf die Darre. Ein Darreloft wird am besten mit 15 Ztr. Röhrenschichten bestückt. Die Gesamtfläche der 4stündigen Darre beträgt dann 60 Ztr. In dem vorhin angeführten Beispiel konnte, nachdem das Bedienungspersonal eingearbeitet war, diese Röhrenmenge in 24stündigen Betriebe dreimal getrocknet werden. Die Leistung in einer Tag- und Nachtschicht betrug demnach 180 Ztr. frische Röhren und daraus wurden 19,1 Ztr. getrocknete Röhrenschichten gemolten. Das Verhältnis zwischen frischen Röhren und getrockneten Röhrenschichten war also wie 10 zu 1. Die Unkosten der Röhrentrocknung stellten sich folgendermaßen:

| | |
|--|------------------|
| 1. Generalkosten für 24 Stunden | 24,00 M. |
| 2. Brennstoffverbrauch 23,16 Ztr. Röhren in 24 Stunden a 1,30 M. | 30,10 M. |
| 3. Stromverbrauch für den Elektromotor in 24 Stunden 21 M. | 33,60 M. |
| 4. Zur Bedienung der Trodenbarre und Schichtmaschine usw. waren 4 Männer und 12 Frauen in Arbeitschichten, also für jede Schicht 8 Personen, erforderlich. Tagelohn 5 M. für 1 Mann und 3 M. für 1 Frau ergibt für den Tag | 56,00 M. |
| 5. Verzinsung und Tilgung des Kapitals der Schichtmaschine, Transmissions usw. für den Tag | 1,50 M. |
| 6. Schmieröl u. andere kleinere Ausgaben | 2,40 M. |
| Zusammen | 147,60 M. |

Bei 180 Ztr. Tagesteistung stellen sich die Trocknungskosten also für 1 Zentner auf 0,82 M. Zu 11 Pfund getrockneter Schnitzel waren 1 Ztr. frische Röhren erforderlich. Die Strohkrüben, die angefahren wurden, kosteten vier Verladungseinheiten 4,50 M. der Zentner. Somit kostete 1 Ztr. getrockneter Röhrenschicht 9 \times 3,50 = 31,50 M. und 9 \times 0,82 = 7,38 M. (Trocknungskosten), zusammen 38,88 M. oder rund 39 M. Die getrockneten Röhren wurden 1917 mit 90 M. für den Zentner verkauft. Die im März 1917 getrockneten Röhren lagerten teilweise noch im Oktober und hatten sich trotz des seuchten Sommers gut gehalten.

(Schluß folgt.)

Aus der Westend und dem Norden.

Odenburg, 14. Febr.

— **Einen schweren Oberhosenbruch** erlitt am Montag ein 14jähriger Knabe, dem ein Brett auf den Oberhosen fiel.

— **Insprecher von Telegrammen.** Da 3. die Telegramm-Bestellung durch Boten auf Schwierigkeiten stößt, werden jetzt die Telegramme den Empfängern auf telephonischem Wege zugeprochen. Es muß dafür in jedem Falle eine Gebühr von 10 $\frac{1}{2}$ entrichtet werden.

— **Han. Man schreibt uns:** Die fortschrittliche Volkspartei hat auf den kommenden Freitag eine allgemeine Mitgliederversammlung angelegt, in der zu der am 23. Februar stattfindenden Landtagsersatzwahl Stellung genommen werden soll. Die fortschrittliche Volkspartei hatte bisher das Mandat inne und legt Wert darauf, daß der Kandidat auch diesmal von ihr aufgestellt wird. Dem Vornamen nach ist die Partei gegen einen Beamten aufzustellen, will sich aber volle Freiheit hinsichtlich der Person vorbehalten.

— **Da von einem schweren Anfallsstalle** wurden hier gestern zwei Arbeiterinnen betroffen. Als sie einen Eisenhaken zogen, stießen sie auf einen schweren Dattel um auf die Spitze der abmangelnden Arbeiterrinnen. Beide erlitten schwere Verletzungen am Kopfe und am Oberkörper. Sie wurden sofort in das Krankenhaus gebracht und in ärztliche Behandlung gegeben. Die Verletzungen sind derart, daß das Leben der beiden Berufstätigen selber zu befürchten ist.

Augschahn, 12. Febr.

Die Kotsfabrik in Stichhausen ist vieler Tage mit sämtlichen Einrichtungen und Landereien durch Rauf in den Besitz der Firma Strenge in Nohlt übergegangen.

Müritzen, 13. Febr.

Am mit den vorhandenen und zu erreichenden Lebensmitteln ein gut gekochtes, gebrauchtes, nicht kuppentartiges Eintopferfleisch in den Kriegskrieg zu geben, hat die Stadtverwaltung die Maßnahme eingeleitet. Der Preis ist aber verhältnismäßig hoch, 80 Wfg. für etwa 1 1/2 Liter, konnte aber leider nicht billiger abgekauft werden; nur für etwa 300 Unbestimmte werden billiger Karten ausgegeben, gegenüber 3000 vollbezahlten Karten. Natürlich kann man bei einer solchen Einrichtung nicht verlangen, daß sie jedem Gesandten befriedigt. Sicher aber wirkt sie sehr segensreich.

Nah und Fern.

Bedesdorf, 11. Febr. In Wilmsdorf waren zwei Schulknaben damit beschäftigt, daß Holzkohle anzufertigen. Während der eine das Holz hielt, schlug der andere mit dem Beile darauf. Dabei traf er seinen Kameraden so unglücklich auf die Hand, daß er ihm die vier Finger der linken Hand abschlug. **Brinkum, 12. Febr.** Beim Reinigen eines Schornsteins kam die besessene Hand des „Schornsteinmanns“ mit einer klügeren Hand in Berührung. Der Schornsteinarbeiter zog den inneren Schornstein aus lebendigen Klümpen aus Tageslicht, es waren Honigwaben, die wohl zwei Pfund noch brauchbaren Honig enthielten. Ein entwichener kleiner Bienenschwarm hatte sich demnach im Sommer in dem unbenutzten Schornstein niedergelassen. **Neubekum, 12. Febr.** Am Donnerstag morgen voriger Woche wurde hier vom Oberkommandoführer Feldwebel v. d. Stappe ein farn-

östlicher Offizier namens Porre festgenommen. Er trug, wie die "Glocke" mittelst, Renschkelebung und führte eine Reise...

Göttingen, 12. Febr. Ein kommandierender General, der ein Armeekorps führt, ist in das antike Verzeichnis der im Heere...

Neueste Nachrichten. Die kommenden Reichstagsarbeiten.

In Berlin, 14. Febr. (Drahtf.) B. J. Der Reichstag wird am kommenden Dienstag seine Arbeiten wieder aufnehmen...

Antwortstand. Besta, 13. Febr. 1918.

Bekanntmachung.

Die Gemeindevorsteher werden darauf hingewiesen, daß die Brot- u. Butterkarten für die nächste Versorgungsperiode beim Großherzoglichen Amt abgeholt werden können.

Groß. Oldenburgisches Amt. Besta, d. 11. Febr. 1918.

Bekanntmachung.

Der noch abzuliefernde Hindenburgpfad wird noch einmal gemeindeweise abgenommen und der Tag der Abnahme bekannt gegeben.

Die in der Scholle hier, belegen, z. Jt. an Witwe Schmidt verpachtete 0,2540 Hektar große

Wiese

des Rentiers Rudolf Hedden hiersebst habe ich mit Antritt zu Herbst d. J. unter der Hand zu verkaufen.

Besta. B. Monte.

Nehme das Getreide von Selbstverforgern zum Erhalten oder ausmahlen an und zwar am Samstag, dem 16. Februar...

Besta. B. Monte.

Die in der Scholle hier, belegen, z. Jt. an Witwe Schmidt verpachtete 0,2540 Hektar große

Wiese

des Rentiers Rudolf Hedden hiersebst habe ich mit Antritt zu Herbst d. J. unter der Hand zu verkaufen.

Besta. B. Monte.

Nehme das Getreide von Selbstverforgern zum Erhalten oder ausmahlen an und zwar am Samstag, dem 16. Februar...

Besta. B. Monte.

Die in der Scholle hier, belegen, z. Jt. an Witwe Schmidt verpachtete 0,2540 Hektar große

Wiese

des Rentiers Rudolf Hedden hiersebst habe ich mit Antritt zu Herbst d. J. unter der Hand zu verkaufen.

Besta. B. Monte.

Nehme das Getreide von Selbstverforgern zum Erhalten oder ausmahlen an und zwar am Samstag, dem 16. Februar...

Besta. B. Monte.

Die in der Scholle hier, belegen, z. Jt. an Witwe Schmidt verpachtete 0,2540 Hektar große

Wiese

des Rentiers Rudolf Hedden hiersebst habe ich mit Antritt zu Herbst d. J. unter der Hand zu verkaufen.

Besta. B. Monte.

Nehme das Getreide von Selbstverforgern zum Erhalten oder ausmahlen an und zwar am Samstag, dem 16. Februar...

Besta. B. Monte.

Die in der Scholle hier, belegen, z. Jt. an Witwe Schmidt verpachtete 0,2540 Hektar große

Wiese

des Rentiers Rudolf Hedden hiersebst habe ich mit Antritt zu Herbst d. J. unter der Hand zu verkaufen.

Besta. B. Monte.

Nehme das Getreide von Selbstverforgern zum Erhalten oder ausmahlen an und zwar am Samstag, dem 16. Februar...

Besta. B. Monte.

geleitet werden. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, v. Payer, wird diese Befreiungen leisten. Die B. J. glaubt annehmen zu können, daß dabei den Führern der nationalliberalen Reichstagsfraktion gegenüber der Wunsch der Regierung zum Ausdruck kommen wird...

Graf Czernin über das Ergebnis von Brest-Litowsk.

TU. Wien, 14. Febr. (Drahtf.) Graf Czernin wurde gestern bei seiner Rückkehr von Brest-Litowsk auf dem Nordbahnhof vom Bürgermeister begrüßt...

Deutsche Nationalbank Holzverkauf zu Hanstedt.

Einladung zur 19. ordentl. Generalversammlung Mittwoch, den 20. März 1918, nachmittags 4 1/2 Uhr in Bremen in den Bankgebäude (H. Viehbrauereihof 4/7 L) Tagesordnung: 1. Vorlage des Geschäftsberichts...

Heu und Stroh

abzugeben. Ankauf erbeten Franz Meyer, Danne.

Salz

wieder vorrätig und kann sachweise davon abgeben. Besta. B. N. Fortmann.

Original veredelte schlesische Land- Gerste

Besta. B. N. Fortmann.

Roggen- und Hafer-Abnahme in Dinklage am Bahnhof

am Freitag, dem 22. d. M., vormittags von 8-12 Uhr für die Banerischen Langwege, Schwäge und Wulfenau...

Eichen-Rundholz mit Borie

gesund, sonst ohne Anprüche, 15 Zm. Zapfdurchmesser aufwärts, 1 bis 2,50 Mtr. lang...

Landstelle

(3-4 Hektar) zu sofort oder später zu verpachten. Nachfragen in der Geschäftsstelle ds. M.

Milchkuhe

Gut haus, Breitberg-Lohne. Habe einen guten, gelben Kuh, in vierzehn Tagen fallend...

Weiderinder.

G. Schlotmann, Strohe bei Langförden.

bedeutenden Schritt näher. Die Nacht ist begonnen, es beginnt zu regnen. Am Horizont erglänzt das erste Morgenrot des allgemeinen Friedens. Was in Brest-Litowsk geschehen ist, ist noch nicht das Ende...

Bestellungen

Saat-Hafer, Saat-Gerste, Saat-Weizen, Serradella und Kottlee (nur prima feinstäubige Ware) nimmt entgegen Genossenschafts-Häckelschneiderei Goldenstedt.

Codes-Anzeige.

Nach langer, langer Ungewissheit erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß mein lieber Mann, meiner Kinder treuerorgender Vater...

August Riesenbeck

in einem Infanterie-Regt. in Frankreich 1915 den Geldeurod ihres Vaterland gefordert ist.

Codes-Anzeige.

Godt dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen, heute Morgen meinen lieben Mann, unsern guten Vater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Mädchen

für Haus- und Landarbeit. Angebote unter Nr. 80 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Mädchen

für Haus- und Landarbeit auf einem kleinen Bauernhof gesucht.

Mädchen

für Küche u. etwas Gartenarbeit. Demselben wird Gelegenheit zur Erlernung von Küche u. Hausarbeit geboten.

Mädchen

das in Küche und Hausarbeiten erfahren. Lohn nach Uebereinkunft.

Mädchen

das in Küche und Hausarbeiten erfahren. Lohn nach Uebereinkunft.

Frau Dr. Wortmann in Twistringen (Bezirk Bremen.)

pausschläge erwarbete eine Befreiung der Fremden Wiens den Minister, der vom Balkon für die Nation dankte und zum Durchhalten bis zu einem baldigen allgemeinen und ehrenvollen Frieden aufforderte.

Der englische Wochenverlust im U-Boothkrieg.

In Amsterdam, 14. Febr. (Drahtf.) Reuters meldet aus London: Die Admiralität teilt mit, daß in der abgelaufenen Woche 13 Schiffe über 6 Schiffe unter 1600 Tonnen sowie drei Zerstörer vermisst worden sind.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 14. Februar. Antich. (Drahtf.) Engländer und Franzosen setzen an vielen Stellen der Front die Erkundungen fort. Nördlich von Sens und in der Champagne kam es dabei zu heftigen Kämpfen.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Besta, Druck und Verlag: Bestaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Besta.